

Erklärung der Fraktionen der Freien Wähler und der FDP zur Verabschiedung des Haushalts 2016 des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald

nach § 33, Abs. 1 Landkreisordnung von BW

Wegen der Flüchtlingskrise sind wir in großer Sorge über die weiteren Entwicklungen im Landkreis allgemein und über die finanziellen Folgen für den Kreis und seine Kommunen im Besonderen. In nie da gewesenem Ausmaß werden sich die Schulden des Landkreises in nur zwei Jahren von rund 40 auf 80 Millionen Euro verdoppeln. Wir sehen die Solidität der Kreisfinanzen in Gefahr und teilen nicht die Auffassung, dass diese Vorfinanzierungen staatlicher Aufgaben durch die kommunale Ebene jemals vollumfänglich rückerstattet werden. Gleichzeitig ist die Finanzierung der Folgekosten bei der Flüchtlingsintegration, insbesondere die Refinanzierung der Leistungen der Sozialhilfe für Flüchtlinge und anerkannte Asylbewerber nicht geklärt. Die Kreisumlage droht auf für die finanzschwachen Kommunen im Landkreis auf nicht mehr tragbare Höhe zu steigen und schlussendlich muss der Bürger vor Ort Grund- und Gewerbesteuererhöhungen hinnehmen, weil auf Bundesebene notwendige Refinanzierungsentscheidungen ausbleiben.

Da eine gemeinsame Resolution des Kreistags mit den von uns gewünschten Inhalten nicht zustande gekommen ist, erklären wir:

Wir stehen zu der Verpflichtung des Landkreises, angesichts der weltweiten humanitären Katastrophen umfassende Hilfe zu leisten. Wir anerkennen, dass Verwaltung, Kommunen und ehrenamtliche Organisationen und Personen diesbezüglich in den zurückliegenden Monaten Großartiges geleistet und dabei bis an die Grenzen des Möglichen und Machbaren gegangen sind. Dies verdient Dank und Anerkennung.

Zwischenzeitlich werden aber mehr und mehr die Grenzen des Helfens erkennbar. Wir bringen die Besorgnis zum Ausdruck, dass bei unverändert hohen Zuweisungszahlen durch das Land unsere Kapazitäten und Möglichkeiten überschritten werden. Landkreis und Kommunen werden zunehmend nicht mehr in der Lage sein, Asylbewerber und Flüchtlinge angemessen und nach üblichen Standards unterzubringen und zu betreuen. Es wird zunehmend schwieriger, für die Erstunterbringung geeignete Grundstücke und Wohnmöglichkeiten zu finden oder zu schaffen, und den Kommunen fehlen für die Anschlussunterbringung in einer Region mit ohnehin engem Wohnungsmarkt geeignete und bezahlbare Liegenschaften. Die bewunderungswerte Arbeit von ehrenamtlichen Helfern und Organisationen kann bei unverändertem Zustrom dauerhaft nicht aufrechterhalten werden und bedarf unterstützende, hauptamtliche Strukturen. Dies und die Aufgaben der zukünftigen Integration werden einen gewaltigen Bedarf an Personal, Organisation und Finanzierung auslösen.

Wir haben zwar im Hinblick auf die plötzliche, rasante Entwicklung der Flüchtlingskrise Verständnis für derzeitige Unzulänglichkeiten bei der Unterbringung und Betreuung, aber auf Dauer ist es für das Gelingen der Integration zwingend, dass neue Organisationsstrukturen geschaffen werden und die kommunale Ebene von staatlicher Seite mit entsprechenden Möglichkeiten und Mitteln ausgestattet und auf die Realitäten vor Ort Rücksicht genommen wird.

Wir fordern daher die Landrätin und Kreisverwaltung auf, alle ihre politischen Möglichkeiten einzusetzen, um nachstehende Forderungen zu unterstützen:

1. Steuerung der Zuweisung von Flüchtlingen

Es muss eine Steuerung der Zuweisung von Asylbewerbern und Flüchtlingen im Rahmen der Kapazitäten des Landkreises und unter Berücksichtigung der Realitäten vor Ort geben.

2. Finanzierungsplan

Es muss einen langfristig angelegten, bundesweit gestützten Finanzierungsplan geben, der unabhängig von der konjunkturellen Lage die Finanzierung der Unterbringung, Betreuung und Integration der Asylbewerber und Flüchtlinge sicherstellt und die Refinanzierung der kommunalen Kosten durch Bund und Land zu 100 % gewährleistet.

3. Lastenausgleich

Es muss einen staatlichen Lastenausgleich zwischen Bund, Land und Kommunen geben, der die Folgekosten der gewaltigen Migration gerecht verteilt und die in der Folgezeit mit Sicherheit über Gebühr ansteigenden Soziallasten nicht einseitig auf die kommunale Ebene abwälzt.

4. Wohnungsbauprogramm

Es muss ein Wohnungsbauprogramm geben, das es Landkreis und Kommunen ermöglicht, ausreichenden, angemessenen und bezahlbaren Wohnraum nicht nur für Flüchtlinge und Asylbewerber sondern auch für sozial schwächere Bürger zu schaffen.

5. Effiziente Strukturen

Es müssen auf allen staatlichen Ebenen zügig Verwaltungs- und Organisationsstrukturen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise und zur Erreichung einer guten Integration entwickelt werden.

In einer Zeit mit einer nie da gewesenen Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland erwarten wir effektives, zielorientiertes Handeln der Regierungen auf Bundes- und Landesebene. Wir haben kein Verständnis für parteipolitische Querelen, ideologischen Streit, quälende Untätigkeit und mangelnde Solidarität. All dies gefährdet die Stabilität unserer freiheitlichen Gesellschaft und begünstigt nur radikale Tendenzen in der Politik.

Freiburg, im Dezember 2015

Für die Freien Wähler im Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald

Franz-Josef Winterhalter, Fraktionsvorsitzender

Für die FDP-Fraktion

Rudolf Gwinner, Fraktionsvorsitzender